

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Sendlinger Str. 47 80331 München

An
Ministerpräsident Dr. Markus Söder
Franz Josef Strauß-Haus
Mies-van-der-Rohe-Str. 1
80807 München

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bayern

Landesvorstand

Sendlinger Str. 47
80331 München
Telefon: +49(0)89-211597 0
Telefax: +49(0)89-211597 24
landesverband@bayern.gruene.de
www.gruene-bayern.de

Sehr geehrter Herr Dr. Söder,

nach den in Deutschland gültigen Wahlrechtsgrundsätzen der personalisierten Verhältniswahl muss das Verhältnis der für die einzelnen Parteien abgegebenen Stimmen, soweit sie die 5%-Hürde übersprungen haben, dem Verhältnis ihrer Sitze im Bundestag entsprechen.

Durch notwendige Überhang- und Ausgleichsmandate gehören dem Bundestag seit der Bundestagswahl 2017 709 Abgeordnete an. Das sind 111 mehr als seiner gesetzlichen Sollgröße entspricht. Damit ist der Deutsche Bundestag aktuell bereits das größte nationale Einkammer-Parlament der Welt. Durch die Vielzahl der Fraktionen im Parlament und angesichts des empirisch belegten langfristigen Trends der Bundestagswahlergebnisse, kann für den nächsten Bundestag eine Größe von weit über 800 Mitgliedern keineswegs ausgeschlossen werden.

Eine solche Größe ist nicht vertretbar:

- Zum einen wären die Kosten für ein derart überdimensioniertes Parlament enorm.
- Zum zweiten würde dies räumlich und personell die Arbeitsfähigkeit des Bundestags erheblich einschränken.
- Drittens würde bei den Menschen in ganz Deutschland das Ansehen des Bundestags als Ort für effizientes und produktives demokratisches Gestalten massiv sinken.

Deshalb ist eine Wahlrechtsreform absolut zwingend. Der beste Weg dahin führt über eine Verringerung der Zahl der bisher 299 Wahlkreise. Nur wenn die Zahl der direkt gewählten Parlamentarier*innen auf deutlich unter 50% der Sollstärke sinkt, wird die quantitative Relevanz von Überhang- und Ausgleichsmandaten sinken und sich der Bundestag wieder seiner Sollstärke von 598 Mitgliedern nähern.

Es ist nicht darstellbar, dass die CSU in der von Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble einberufenen Arbeitsgruppe zur Reform des Wahlrechts nicht bereit war, über eine Verringerung der Anzahl der Wahlkreise auch nur nachzudenken. Und es ist unverantwortlich, dass Ihre Partei bis heute jede Lösung blockiert. Es drängt sich der Verdacht auf, dass dies deshalb geschieht, weil Ihre Partei besonders von der derzeitigen Regelung profitiert. Damit wird die Regionalpartei CSU ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung für Deutschland in keiner Weise gerecht.

So dringend und überfällig eine Wahlrechtsreform ist, so schnell schließt sich ihr Zeitfenster. Wenn bis zum Sommer keine Lösung gefunden wird, wird der nächste Bundestag aufgrund der CSU-Blockade wohl noch größer, noch teurer, noch unüberschaubarer und nicht mehr so effizient sein.

Die GRÜNEN sind bereit auf Einladung Wolfgang Schäubles sämtliche Vorschläge auf Grundlage des personalisierten Verhältniswahlrechts überparteilich zu diskutieren.

Wir alle gemeinsam müssen nun zügig eine Lösung finden. Wir fordern deshalb die CSU und Sie als Parteivorsitzenden auf, Ihre Blockadehaltung in Sachen Wahlrechtsreform aufzugeben und konstruktiv und zielführend an der notwendigen Verkleinerung des Bundestags mitzuarbeiten.

Mit freundlichen Grüßen



Eva Lettenbauer
Landesvorsitzende



Eike Hallitzky
Landesvorsitzender